

TRANSKRIPTION DER PROREKTORENWAHL AM 07.06.1990

Wolfgang Peters (auf der Grundlage einer Grob-Transkription mit dem Programm Aiko)

[...]

[Bemerkungen von Rektor Prof. Gerhard Maeß zu den Kandidaten]

Meine Damen und Herren, wenn man die beiden Konzilssitzungen betrachtet und das Ergebnis der Wahlen, dann bekommt man den Eindruck, dass mit einer gewissen Einseitigkeit die Wahl verlaufen ist. Ich kann das verstehen, halte es aber nicht in jedem Punkt für vernünftig. Wir müssen die Universität als Ganzes leiten und es sieht im Moment so aus, als ob wir die Gesellschafts-wissenschaftler im Senat und in der Universitätsleitung doch fast nicht vertreten haben. Ich halte diesen Zustand für nicht sehr günstig und habe aus diesem Grunde mit verschiedenen Kollegen aus dem gesellschafts-wissenschaftlichen Bereich gesprochen, leider in der überwiegenden Anzahl Absagen bekommen. Also insgesamt waren es 14 Kandidaten, mit denen ich gesprochen habe, die waren nicht alle aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Ich möchte hier sagen, dass für die schweren Entscheidungen, die gerade im gesellschafts-wissenschaftlichen Bereich bevorstehen, eine Teilnahme eines Kollegen aus dem gesellschafts-wissenschaftlichen Bereich sicherlich vernünftig ist.

Entscheiden müssen Sie selbstverständlich.

[...] Ich habe hier mit viel Mühe [...] die Zustimmung zur Kandidatur von Herrn Kollegen Moll erhalten. Ich weiß und Sie wissen auch, dass Herr Professor Moll ein Repräsentant der Universität auch zu früheren Zeiten gewesen ist. Er wird selber zu seinem Entwicklungsgang etwas berichten. Ich möchte, dass Sie objektiv überlegen, ob es günstig ist, einen wesentlichen Teil der Universität auszugrenzen, ob wir nicht als Konzil ein Zeichen setzen sollten, auch diesen Bereich mit in die Leitung einzubeziehen. Sie müssen das entscheiden. [...]

[Kandidat Prof. Dr. Ernst-Rüdiger Kiesow stellt sich vor, danach Anfrage]

Kiesow, ich komme aus der Theologischen Fakultät. Ich bin seit 1965 in Rostock. Damals zunächst als Dozent für Praktische Theologie und Direktor des Praktischen Theologischen Instituts berufen. 1967 wurde ich der Professor mit Lehrauftrag, von 1968 bis 1970 war ich Dekan der Theologischen Fakultät an dieser Universität. Ich bin dann [...] Stellvertretender Sektionsdirektor für Forschung und später, in den letzten drei Jahren, auch der Stellvertreter für Erziehung und Ausbildung an unserer Sektion gewesen. Ich habe nie eine Partei angehört. Ich war Mitglied des FDGB und der Gesellschaft für Deutsche-Sowjetische Freundschaft. Ich bin jetzt Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ich stelle mich zur Wahl, weil ich von Verschiedenen dazu auch gefordert worden bin, obwohl ich von meinem Dienstalther her, ich bin 1926 geboren, eigentlich dafür nicht mehr in die Frage komme. Sollten Sie

mich wählen, kann ich nur für ein Jahr zur Verfügung stehen. [...] Ich muss mich auch fragen, ob ich dem psychischen und physischen Stress gewachsen sein werde. Aber ich denke, eine Wahl sollte demokratisch sein und dazu gehören mindestens zwei Kandidaten [...] Ich denke mir, dass eine besondere Aufgabe sein wird, die sozialen Folgen der Universitätsreform zu bedenken, deshalb habe ich mich als Senator auch schon für diese Kommission bereit erklärt.

Wir müssen erreichen, dass niemand, weder ein Student noch ein Angestellter, noch ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, noch ein Professor ins soziale Abseits gerät, und dafür denke ich auch zu kämpfen.

Ich möchte auch erwähnen, dass ich nicht einverstanden damit bin, dass gewisse Kollegengruppen vielleicht in Zukunft ausgegrenzt oder einer besonderen Überprüfung unterzogen werden. Wenn, dann müssen wir uns alle einer Überprüfung stellen [...] Ich kenne viele marxistische Kollegen unserer Universität, die mit uns die Reform und die Wende unserer Gesellschaft vorbereitet, durchgeführt und auch durchgesetzt haben. [...]

[Anfrage von Dr. Hans-Joachim Bartsch, Sektion Informatik]

Bartsch Informatiker. Professor Kiesow, was ist Ihnen 1968 geschehen oder nicht geschehen, als Sie den Aufruf Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes nach Prag nicht unterschrieben haben?

[Prof. Dr. Ernst-Rüdiger Kiesow]

Ich habe damals die Unterschrift verweigert, daraufhin im Senat selber Rede und Antwort stehen müssen über meine Beweggründe. Ich habe erstens gesagt, ich halte militärische Maßnahmen in diesem Fall für nicht möglich. Einmal, weil deutsche Truppen schon einmal in die ČSSR einmarschiert sind. Zum Zweiten, weil ich meine, das ist ein politischer Konflikt, der politisch gelöst werden muss.

Auf die Frage des Rektors, Professor Heidorn, wie ich mir das vorstelle, habe ich gesagt, ich würde dann Delegationen unserer Partei oder des FDGB und anderer gesellschaftlicher Organisationen hinschicken und mit den Leuten in der ČSSR diskutieren. Im Übrigen ist das ja ein souveränes Land, das über seine Geschicke selber zu entscheiden hat.

Mein drittes Argument war, ich bin sozusagen ein Bürgerlicher, nicht Mitglied einer marxistischen Partei, und in den Streit zwischen zwei marxistischen Parteien möchte ich mich nicht einmischen.

Deshalb enthalte ich mich der Stimme.

Mir ist nichts passiert, außer dass am nächsten Tag der Rektor ein mindestens zweistündiges Gespräch mit mir hatte. Und ich muss sagen, im Gegensatz zu vielen anderen Dienstangehörigen, die diskriminiert oder bedrängt worden sind, hat es weiter keine weiteren Folgen gehabt, außer dass ich dann nicht in den neu gegründeten Wissenschaftlichen Rat vorgeschlagen wurde, obwohl ich damals noch Dekan der Theologischen Fakultät wurde. Da wollte mich Professor Heidorn dann doch nicht hinein haben. Ich konnte auch zunächst kein weiteres Leitungsamt dann ausüben. [...]

Ich muss aber auch sagen, etwas was ich damals nicht geglaubt habe, hat sich hinterher als richtig erwiesen: Er hat mir dann in dieser zweistündigen Unterredung gesagt: „Wissen Sie übrigens, Herr Kollege, dass kein einziger [...] DDR-Soldat tschechischen Boden betreten hat [...]?“ Ich wusste es nicht, denn im Neuen Deutschland waren Bilder abgebildet, worauf DDR-Soldaten zu sehen waren.

Jetzt die letzten Meldungen, die durch die Zeitung gingen, zeigen mir, dass Professor Heidorn in dem Falle tatsächlich mal die Wahrheit gesagt hat.

[Kandidat Prof. Dr. Georg Moll stellt sich vor, danach Diskussion]

[...] Ich bin 1935 in Güstrow geboren. Mein Vater war Jurist, der ist dann 1939 in den Krieg gezogen, aus dem Krieg nicht zurückgekehrt. Ich bin dann bei meiner Mutter aufgewachsen, zusammen mit meinen Geschwistern, habe meine Kindheit und Jugend im Bad Doberan, verlebt.

Ich habe dort an der Schule 1954 das Abitur ablegen können und hatte dann den Wunsch, in Berlin an der Humboldt-Universität Germanistik zu studieren. Ich bin damals vom Studium abgelehnt worden. Mir wurde dann von meiner Schule der Vorschlag gemacht, im Anschluss an das Abitur ein Jahr an der Schule zu arbeiten als FDJ-Sekretär, also hauptamtlich. Ich habe das getan. Und dieses Jahr in Doberan, nach dem Abitur, war in gewisser Weise ein Schlüsseljahr für mich, weil ich es auch im Nachhinein heute noch so sehe, dass ich aus einer Kritikaster-Position, die ich als Oberschüler zweifellos hatte, in die Position, wie ich es damals empfand, eines Mitgestalters hineingelange.

Ich habe mich dann wiederum beworben zum Studium an dieser Universität in Rostock und wurde wiederum abgelehnt. Ich habe dann angefangen an dieser Universität als Gasthörer, und mir ist es dann gelungen, Ende des Jahres 1955 immatrikuliert zu werden, zunächst für das Studium der Germanistik. Und nach der Wiedereröffnung des Historischen Instituts habe ich dann Germanistik und Geschichte studiert. Ich wurde allerdings dann sogleich, nachdem ich endlich immatrikuliert worden war, [...] in Funktionen gewählt. Ich war dann sogleich FDJ-Sekretär der Philosophischen Fakultät.

Und ich muss hier sagen, dass die Freie Deutsche Jugend dann für viele Jahre das Hauptfeld meiner gesellschaftlichen Tätigkeit gewesen ist. Ich war mehrere Jahre Mitglied der FDJ-Hochschulgruppenleitung, habe dort mit viel Freude und Engagement die Kommission für internationale Beziehungen geleitet. [...] Ich bin dann 1959 Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geworden, nachdem ich 1957 Kandidat dieser Partei wurde. Beide Schritte aus innerer Überzeugung. [...]

Ich habe dann 1960 mein Staatsexamen abgelegt, war für wenige Wochen Assistent und bin dann Aspirant geworden und habe die Aspirantur 1963 mit der Promotion zu einem agrargeschichtlichen Thema aus dem 19. Jahrhundert abschließen können. Ich war danach Assistent, Oberassistent, Geschäftsführende Oberassistent am Historischen Institut, und es folgte dann im Jahr 1965 meine Wahl zum FDJ-Sekretär dieser Universität. Ich habe diese Funktion zwei Jahre ausgeübt. Ich muss sagen, [...] das war die schwierigste Phase meines politischen Lebens, bis zum Herbst 1989. Ich stand zwischen Baum und Borke, oftmals zwischen den studentischen Interessen und Vorgaben übergeordnete Leitungen. Der Höhepunkt dieser Diskrepanzen, Differenzen waren Auseinandersetzungen im Sekretariat des Zentralrats der FDJ mit Horst

Schumann. Ich sage das hier nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen, um mich hier im Nachhinein zu einem Opfer der Stalinismus hochzustilisieren, sondern andersherum, ich möchte damit deutlich machen, dass ich fest auf dem Boden, im Rahmen des Systems stand, das ich für sozialistisch hielt und dass ich im Rahmen dieses Systems für Veränderungen eingetreten bin. Und da war ich der Meinung - und diese Auffassung, was den Jugendverband betrifft, hatte ich bis zum Herbst vorigen Jahres - dass es möglich wäre, diesen Jugendverband zu einem wirklichen Jugendverband zu machen.

Ich bin in dieser Zeit auch, als ich FDJ-Sekretär geworden war, 1965 Mitglied der Universitätsparteileitung geworden und habe dieser Leitung bis 1969 angehört.

Ich bin dann 1967 zurückgekehrt ins Historische Institut, um dort mich der wissenschaftlichen Arbeit zu widmen. Daraus wurde nicht sogleich etwas, dieweil ich dann sehr schnell, nämlich 1968/1969, eben in jener Zeit von der eben bei Herrn Professor Kiesow die Rede war, Parteisekretär war am Historischen Institut, APO-Sekretär.

Für mich persönlich hat das Jahr 1968 eine innere Krise bedeutet, aber ich habe nicht die Konsequenzen gezogen, die Herr Professor Kiesow gezogen hat. Und ich muss sagen, ich habe hohen Respekt vor jemanden, der für seine Auffassung so eingetreten ist. Im Unterschied zu jenen, die heute meinen, sie seien dazu oder dazu genötigt worden.

Ich bin dann im Jahr 1970 berufen worden zum Dozenten für theoretisch-methodologische Grundlagen der Geschichtswissenschaft und habe diese Tätigkeit, die Lehrtätigkeit weiter ausgeübt. [...] wie vielen bekannt sein dürfte, habe ich von 1971 bis 1975 im Direktorat für Internationale Beziehungen gearbeitet, seit Jahr 1976 als Direktor für Internationale Beziehungen.

Für mich bestand die Aufgabe damals daran, im Rahmen der Möglichkeiten [...] etwas zu tun für die Entwicklung der internationalen Hochschulbeziehungen unserer Universität. [...]

Ich bin dann im Herbst 1975 zurückgekehrt an die Sektion als Dozent, habe dann vorübergehend zwei Lehrgebiete wahrgenommen, dieses theoretisch-methodologischen Grundlagen und dann schrittweise auf dem Gebiet der deutschen Geschichte der Neuzeit gearbeitet und bin dann Anfang 1981 um-berufen worden für die Geschichte der Neuzeit als Dozent.

Ich habe dann schließlich fünf Jahre nach meiner Rückkehr an die Sektion die Promotion B abschließen können mit einer Arbeit zum Thema „Preußischer Weg“ und bürgerliche Umwälzung in Deutschland. Bin zwei Jahre später zum außerordentlichen Professor berufen worden und im Jahr 1987 zum ordentlichen Professor für Deutsche Geschichte der Neuzeit. In Klammern, das heißt, 1500 bis 1917.

Ich war in den Jahren von 1981 bis 1985 Parteisekretär der SED Grundorganisation an der Sektion Geschichte und habe mich auch in dieser Zeit engagiert für die Politik, die ich für richtig hielt.

Ich bin danach Leiter des Wissenschaftsbereichs Mittelalter/Neuzeit gewesen, habe in der Lehre gearbeitet, habe Doktoranden ausgebildet und habe an einer Monographie über den preußischen Weg gearbeitet. [...]

Was die politische Entwicklung betrifft, so war dann eine Zäsur für mich die Zeit nach 1985, verbunden mit dem Namen Gorbatschow, verbunden mit dem Stichwort Perestroika. Ich war der Meinung, Dinge, die man selbst gehaut oder gefühlt hatte, wo man selbst auch nicht wusste, ob man eigentlich so denken durfte, ich meine jetzt von innen heraus, da wurde mir deutlich, dass man so denken musste und dass es notwendig sei, die sozialistische Gesellschaft, wie ich meinte, in der DDR, auf solch einem Wege umzugestalten. Ich habe mich immer gegen den Vorwurf des Kopierens gewandt. Es ging für mich nicht um das Kopieren, es ging für mich um die grundlegende Umgestaltung. Das heißt, es ging für mich um die Erneuerung dessen, was ich für Sozialismus hielt. Die Erneuerung, nicht aber die Beseitigung.

In diesem Sinne habe ich dann auch meine Arbeit als Sektionsdirektor in der Sektion Geschichte begriffen. Ich wurde zum 1. 3. 1989 als Sektionsdirektor in der Sektion Geschichte eingesetzt. Wir haben auf meinen Vorschlag Ende Mai, am 21. Mai, eine Neuwahl durchgeführt. Ich habe dort nicht kandidiert.

Ich habe bis zum Herbst 1989 an dieser Konzeption einer Neugestaltung, einer Erneuerung des Sozialismus festgehalten. Sozialismus stand für mich nicht zur Disposition. Seit dem Jahresende 1989, seit der Jahreswende 1989/90, bin ich dann schrittweise, aber ich muss auch sagen, keineswegs geradlinig zur Erkenntnis gelangt, dass die alte Politik, die ich für sozialistisch gehalten habe und die ich aus innerer Überzeugung nicht nur mitgemacht, sondern ganz engagiert vertreten habe, dass diese Politik gescheitert ist. Und heute meine ich, dass diese Politik die große wertvolle Idee des Sozialismus diskreditiert hat. Und ich muss damit leben, dass ich daran mein Anteil habe.

Die Frage ist, welche Schlussfolge man aus solchen Erkenntnissen, aus solcher bitteren Erkenntnis zieht. Zunächst habe ich eine ganz persönliche Schlussfolge gezogen, die natürlich im Widerspruch dazu steht, dass ich jetzt hier vor Ihnen stehe. Ich habe mich in meiner Sektion trotz gegenteiliger Auffassung auf den Standpunkt gestellt, dass ich nicht für die Wahl des Sektionsdirektors kandidieren sollte, dass ich erst mal für mich zur Ruhe kommen muss, irgendwie ein Verhältnis zu diesen Problemen finden muss. Das war die persönliche Schlussfolge. Und aber die wichtigste Schlussfolge sehe ich darin, dass es niemals ein Zurück geben darf zu jenem administrativ-bürokratischen System, das sich als sozialistisch ausgegeben hat. Ich will hier aber auch nicht verhehlen, dass ich dafür bin, ganz sorgfältig und differenziert zu prüfen, welche Elemente aus der Geschichte unserer DDR sich insofern bewährt haben, [...] dass sie zukunftssträchtige Elemente beinhalten. Dazu zählt für mich beispielsweise nicht die Sozialpolitik als Ganzes, aber bestimmte Elemente der Sozialpolitik. Und so habe ich mich gefreut, gestern Abend diesen Ministerratsbeschluss zu einigen solcher Fragen zu hören. Ich möchte auch sagen, aus meiner Absage an die alte Politik des sogenannten realen Sozialismus ergibt sich für mich nicht, dass ich die Zukunft der Menschheit in jenem System sehe, das sich auf die kapitalistische Produktionsweise gründet. Vielmehr hoffe ich [...], dass es [...] einen Weg geben wird, einen dritten Weg [...], der den weit in die Geschichte zurückreichenden Traum vom Sozialismus, das heißt, wirklichem, menschlichen demokratischen Sozialismus, Wirklichkeit werden lassen kann. Und deshalb bin ich Anfang dieses Jahres Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus geworden, einer Partei, die begonnen hat, sich zu erneuern, und daran will ich mitarbeiten.

Für die unmittelbare Zukunft [...] will ich das Meine dazu beitragen, dass die Gesellschaft, die jetzt in unserem Lande entsteht, so demokratisch wie nur möglich gestaltet werden kann. Und daher sehe ich auch das Kardinalproblem der Neugestaltung unserer Universität. Wissenschaft [...] kann nur gedeihen, wenn wir

auf allen Ebenen der Universität wirklich demokratische Verhältnisse schaffen. Und deshalb darf es auch aus meiner Sicht keine Rückkehr geben zur alten Ordinarienenuniversität. Es gilt vielmehr, demokratische Strukturen zu schaffen und auszubauen, in denen alle Statusgruppen angemessen vertreten sind. Dafür werde ich eintreten, ganz gleich, auf welchem Platz an dieser Universität ich arbeiten kann.

[Diskussion]

[Prof. Dr. Lothar Pelz, Kinder- und Jugendklinik]

Herr Moll, ich habe auf den vergangenen Sitzungen dieses Konzils das Problem der Zusammenarbeit der Staatssicherheit mit den Universitätseinrichtungen hier besprochen, als Mitglied des unabhängigen Untersuchungsausschusses Rostock. Da Sie ja zeitweise zumindest im Direktorat für internationale Beziehung waren und Sie ja auch selbst gesagt haben, dass Sie Wert darauf gelegt haben, internationale Arbeit mit Jugendlichen zu betreiben, möchte ich Sie hier fragen in aller Öffentlichkeit, so wie das für die Senatsmitglieder auch getan wurde, ob Sie bereit wären, eine Erklärung abzugeben, dass Sie niemals mit diesen Einrichtungen vertraglich zusammengearbeitet haben. Ich glaube, das ist wichtig im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Universität. Und den Rektorkandidaten und den Senatskandidaten sind die Fragen hier auch gestellt worden. [...] Ich muss mir im Sinne eben der Neuordnung der Universität auch erlauben, Ihnen hier die Frage vorlegen zu dürfen.

[Prof. Dr. Georg Moll]

Das kommt für mich natürlich nicht überraschend. Mir war bekannt, dass diese Frage gestellt wird. Ich habe darüber auch schon andeutungsweise mit dem Rektor gesprochen und ich möchte mich dazu wie folgt äußern.

Diese Frage der eidesstattlichen Erklärung, wie ich aus der Universitätszeitung entnommen habe - ich konnte an den ersten beiden Sitzungen des Konzils - nicht teilnehmen und die damit verbundene Frage der Offenlegung einer etwaigen Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter im damaligen, ehemaligen MfS. Darauf läuft ja die Forderung nach einer gegenteiligen Erklärung hinaus.

Diese Frage hat auch auf der Wahlversammlung meiner Sektion am 21. Mai eine Rolle gespielt. Dort, wo ich selbst ja nicht kandidiert habe, habe ich mich prinzipiell gegen eine solche Offenlegung ausgesprochen, weil ich die Folgen eines so gearteten Versuches der Vergangenheitsbewältigung auf diesem Felde für unsere Gesellschaft für unabsehbar halte. Nach kontroverser Diskussion hat sich die Wahlversammlung der Sektion mehrheitlich auf diesen Standpunkt gestellt. Ich will diese meine Position begründen.

Das Grundübel [...] waren die Strukturen, war eine verhängnisvolle Sicherheitsdoktrin, die alle Bereiche der Gesellschaft durchdrungen hat. Und diese Vergangenheit muss bewältigt werden. Aus meiner Sicht auf zwei Ebenen. Auf der Ebene der Gesellschaft sind, so meine ich, alle strafrechtlich relevanten Vergehen, ich betone auch auf diesem Feld, es gibt ja auch andere Felder, Konsequenz zu ahnen, das heißt, ich bin um das auch deutlich zu sagen, gegen jede wie immer geartete Amnestie für solche Delikte. Das ist die eine, die strafrechtliche Dimension. Auf der Ebene des Individuums handelt es sich nach meinem Dafürhalten um

eine moralische Dimension. Das heißt, ein jeder muss mit seinem Gewissen abmachen, was er, ich betone wiederum, auch auf diesem Felde getan hat oder nicht getan hat. Ein anderer Weg beschwört nach meiner Auffassung die Gefahr einer modernen Inquisition herauf, deren Konsequenzen der einzelne Fragesteller vermutlich in gar keiner Weise beabsichtigt.

Diese Position habe ich, wie gesagt, am 21. Mai vertreten. Am Tage darauf wurde, wie Ihnen sicher bekannt ist, im Gesetzblatt DDR ein diesbezüglicher Beschluss des Ministerrates veröffentlicht, der die Aufhebung der Schweigepflicht juristisch regelt. Daran heißt es, dass ehemalige informelle, inoffizielle Mitarbeiter sich gegenüber Personen ihrer Wahl, über ihre Tätigkeit offenbaren können [...] Zum anderen wird dort festgelegt, dass kein ehemaliger Mitarbeiter gezwungen werden kann, seine Tätigkeit offen zu legen, mit Ausnahme solcher Fälle, in denen es um staatsanwaltschaftliche oder kriminalpolizeiliche Untersuchungen geht. In solchen Fällen kann ohne Einschränkung ausgesagt werden. Ich denke, dass damit auch eine eindeutige rechtliche Regelung geschaffen wurde, die auch für unser Konzil binden sein dürfte.

So viel aus meiner Sicht zu dieser geforderten eidesstattlichen Erklärung, der ich ja bezüglich einer etwaigen Tätigkeit als inoffizielle Mitarbeiter des ehemaligen MfS, der ich ja durchaus aus Wege hätte gehen können, die ich aber aus den dargelegten Gründen prinzipiell nicht für richtig halte ablehne für mich wie für jeden anderen Bürger dieses Landes.

Ich will aber in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, dass ich die geforderte Erklärung nach dem Buchstaben des Beschlusses des Konzils, ohnehin, also abgesehen von diesen passus betreffend inoffiziellen oder hauptamtlichen Mitarbeitern, nicht unterschreiben könnte, denn ich habe im Rahmen verschiedener von mir ausgeübter Funktionen dienstliche Kontakte zur Bezirksbehörde des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit gehabt und in diesem Zusammenhang habe ich auch „Zuwendungen“ erhalten, das heißt nicht, dass ich für die Zusammenarbeit bezahlt worden bin, aber die Formulierung „Zuwendungen“ schließt in meinem Selbstverständnis, ich will jetzt ganz konkret werden, auch die Flasche Cognac ein, die zu einem Feiertag überreicht worden ist. Daher beabsichtige ich für meine Person nicht zum ersten Mal in meinem Leben meineidig zu werden. Ich möchte aber abschließend in diesem Zusammenhang eines erklären, auch in diesem Zusammenhang, eines erklären: Ich habe immer und überall in meinem Leben mit einer Zunge gesprochen, im persönlichen Gespräch, im privaten Kreis, in der Öffentlichkeit, gegenüber allen Instanzen und nicht zuletzt möchte ich sagen gegenüber der Leitung, da vielleicht besonders deutlich, und jeder, der mit mir zu tun hatte, wusste, wes Geistes Kind Georg Moll war und ist. [...]

[Anfrage Dr. Hartmut Krienke, Sektion Physik]

Dr. Krienke von der Sektion Physik. Herr Professor Moll, ich bin auch Mitglied des unabhängigen Untersuchungsausschusses gewesen, habe mich speziell mit den Beziehungen der Universitäten und Hochschulen in Bezirk zum MfS beschäftigt, und wir haben in unseren Veröffentlichungen zu dieser Tätigkeit auch einige Passagen über die Beziehungen zwischen der Universität Rostock und dem MfS.

Ich möchte, dass Sie sich vielleicht zu folgendem Zitat äußern, das zu Ihrer jetzigen Aussage gehört und das aus einer Lageeinschätzung der Abteilung XX stammt. Die Abteilung XX ist Staats- und Rechts-schutz und war für diese Beziehungen und die Überwachung der Universitäten verantwortlich. Es stammt schon aus

einer etwas älteren Zeit, vom 18.09.1985. Ich zitiere:

„Das Zusammenwirken mit den staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen war im Berichtszeitraum auf die Lösung von Aufgaben im Verantwortungsbereich konzentriert. Ein besonders enges Zusammenwirken gestaltete sich im Rahmen der operativen Schwerpunkte NSA, Reisekader und Auslandskader mit den Direktoraten Kader/ Qualifizierung und Internationale Beziehungen. Es wurde erreicht, dass offizielle Unterlagen zu den geplanten NSA-Reisekader-Auslandskader vollständig und aussagekräftig dem MfS zugeleitet werden. Personelle Veränderungen der als Reisekader und Auslandskader eingestuften Personen durch die Einrichtungen wurden der Dienst Einheit des MfS umgehend schriftlich mitgeteilt. Positiv ausgewirkt hat sich, dass dieser Prozeß durch IM in Schlüsselpositionen sowie arbeitsfähige offizielle Kontakte zu der ersten Leitungsebene wirkungsvoll unterstützt wurden.

Durch bestehende jahrelange vertrauensvolle Kontakte ist die Abteilung XX über geplante Kaderveränderungen in Führungspositionen rechtzeitig informiert und hat Möglichkeiten der operativen Einflussnahme.“

Das ist genau diese Darstellung, soweit das Zitat Ende. Das ist genau diese Art von Zusammenarbeit, die illegal war, auch nach unseren bestehenden Gesetzen und über die wir hinwegkommen wollen. Ich bitte Sie, dazu sich zu äußern.

[Prof. Dr. Georg Moll]

Ich habe vorhin gesagt, ich hätte also in verschiedenen Funktionen solche Kontakte gepflegt. Ich kann auch Zusammenarbeit sagen, das hört sich vielleicht brutaler an, aber trifft ja den Kern der Dinge. Das betrifft in Sonderheit oder vor allem die Tätigkeit im Direktor für Internationale Beziehungen. Nun muss ich sagen, aber damit will ich mich nicht überhaupt nicht rausreden, dass ich da 1975 ausgeschieden bin, das war 1985, das könnte möglicherweise im Prinzip die gleiche Einschätzung gewesen sein. Tatsächlich hat es eine solche Zusammenarbeit gegeben, tatsächlich sind solche Dokumente eingesehen worden. Und das ist allerdings, das kann ich jetzt nur so sagen, von niemandem von uns als etwas Illegales angesehen worden, ist also auch nicht in irgendeiner Weise konspirativ erfolgt.

Eine Bemerkung vielleicht, was die Reisekader betrifft, im engeren Sinne, das ist zu keinem Zeitpunkt in den Verantwortungsbereich des Direktorats für Internationale Beziehungen gefallen. Wer Reisekader war oder nicht Reisekader war, war vorgegeben. Darauf hatte in dem Sinne das Direktorat für Internationale Beziehungen oder der jeweilige Direktor keinen Einfluss.

[Antrag Dr. Wolfgang Peters, Sektion Mathematik]

Peters, Sektion Mathematik. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie auf einen Widerspruch hinweisen: Am 22. Mai haben wir hier [...] beschlossen, dass alle nominierten Kandidaten für den Senat und für die Funktion des Rektors und Prorektors bei Ihrer Vorstellung eine mündliche Erklärung abzugeben haben, dass sie weder als inoffizielle noch als offizielle Mitarbeiter bei der Staatssicherheit mitgearbeitet haben und von diesen Einrichtungen keine Zuwendungen, Belohnungen, Auszeichnungen oder Vergünstigungen

irgendwelcher Art erhalten haben. Die Erklärung ist dem Präsidium zusätzlich schriftlich zu übergeben. Da Herr Prof. Moll erklärt hat, dass er so eine Erklärung nicht abgeben kann, müsste er nach meiner Meinung von der Kandidatenliste gestrichen werden.

[Diskussion]

[...]

[Prof. Dr. Horst Pätzold]

[...] Ich darf an die Worte von Magnifizenz erinnern, dass wir eine Öffnung für alle Menschen, für alle fähigen Leute einer guten Meinung sind und dass Herr Kollege Moll in diesem Falle nach Aufdeckung und nach sehr fairer Art seiner Darstellung möglicherweise das Vertrauen auch heute verdient. [...]

[Dr. Hans-Jürgen Stöhr, Institut für Philosophie]

Wenn wir darüber abstimmen, wäre das schon eine öffentliche Wahl und das könnten wir hier in diesem Sinne nicht zulassen, die wäre dann nicht demokratisch und geheim. Das wäre schon eine Vorentscheidung, die wir uns auf diese Art und Weise treffen würden. [...]

[Prof. Dr. Ernst-Rüdiger Kiesow]

Ich schließe mich der Meinung, die eben geäußert wurde an. Ich lege Wert auf geheime Wahl und denke, man sollte diesen Punkt bis nach der Wahl vertagen. Der Wähler hat die Entscheidung jetzt, ob ihm diese Erklärung genügt hat. [...]

[stud. Thilo Wolff]

Es ging bei dieser Abstimmung jetzt [...] nicht darum, eine Vorabstimmung zu machen, sondern lediglich eine Ausnahme zu der geforderten Erklärung zu beschließen. Es geht nur darum, für Herrn Moll zu beschließen, dass er dieser Erklärung offenbar nicht abzugeben braucht, einen Beschluss zu fassen, der einem früheren Beschluss entgegelläuft. Das wäre der Sinn der Abstimmung. [...]

[Prof. Dr. Georg Moll].

Ich bin bekanntlich gebeten worden zu kandidieren. Ich wusste, welche Voraussetzungen dazu geben ist. Ich habe mich unabhängig davon lange Zeit mit mir, ich darf schon sagen, gerungen, ob ich mich der Kandidatur stelle. Ich habe mich gestellt. Ich beabsichtige auch jetzt nicht, meine Kandidatur zurückzuziehen.

Ich möchte noch auf Folgendes aufmerksam machen: Als das Konzil diesen Beschluss gefasst hat, gab es nicht diesen Ministerratsbeschluss. Aus meinem Rechtsverständnis befindet er sich in einem ein-deutigen Gegensatz zu dem Beschluss des Ministerrats. [...]

[Dr. Günter Beuchel, Sektion Lateinamerikawissenschaften]

Ich muss also dazu sagen, dass es in meinem Verständnis, wenn dieser Ministerratsbeschluss existiert, Reichsrecht Landesrecht bricht und damit eigentlich dieser Beschluss des Konzils, die Offenlegung hier zu veranlassen, gegenstandslos geworden ist. [...]

[stud. Thilo Wolff]

Ich bin mir nicht sicher, ob diese Erklärung, die dort unterschrieben wird, irgendeinen wirklich juristischen Wert hat. Es ist keine eidesstattliche Erklärung. Für die braucht man meines Wissens einen Notar. Es ist mehr oder weniger nur eine Ehrenerklärung.

[Frau Dr. Marianne Wigger, Kinder- und Jugendklinik]

Wir hatten seinerzeit am ersten Konzilstag den Antrag eingebracht, dass die sich vorstellen erklären, ob sie Mitarbeiter der Stasi waren oder nicht. Aber wir hatten davon nicht ihre Kandidatur abhängig gemacht. In meinem Demokratieverständnis muss man da unterscheiden.

Herr Prof. Moll hat erklärt, dass er Zuwendungen erhalten hat. Was wollen wir eigentlich noch mehr? Er kann ja diese Erklärung gar nicht unterschreiben. Und wir haben damals nicht darüber abgestimmt, dass nur Kandidaten zugelassen werden, die nicht gearbeitet haben. [...]

[Prof. Dr. Horst Pätzold]

Ich stelle also fest, dass a) ein Landesrecht ein Stadtrecht oder [das Recht] eines anderen Gremiums bricht, b) wie Frau Dr. Wigger verlautet hat, kein Ausschluss für eine Kandidatur damit verbunden war.

Wer diese Meinung teilt, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. Wer ist dafür, dass ein Ausschluss von Kandidaten nach Öffentlichkeitslegung über seine Beziehungen zum ehemaligen MfS die Kandidatur nicht grundsätzlich ausschließt? Er hat ja eine Erklärung abgegeben. [...]

[Prof. Dr. Detloff Köppen, Sektion Meliorationswesen und Pflanzenproduktion]

Ich bin jetzt etwas überrascht [...] über die Auslegung von Frau Dr. Wigger. Sie hatte auch beantragt beim letzten Mal, dass sich die ehemaligen Genossen und auch die Mitglieder der PDS hier öffentlich bekennen, das wurde gemacht und keiner wurde gewählt. Ich würde jetzt sagen, wenn wir jetzt auf der höheren Ebene der Staatssicherheit das so lax nehmen, dann würde unser erster Entschluss ja total in den Wind geschrieben. Und damit würden wir uns selbst lächerlich machen. Ich bin jetzt nicht dafür, dass wir die Beschlüsse, die wir gefasst haben, ändern. Oder wir beschließen endlich, dass wir den Kandidaten nicht mehr vorschreiben, was sie bei der Vorstellung zu sagen haben. Dafür wäre ich natürlich.

[Prof. Dr. Manfred Olbertz, Sektion Meliorationswesen und Pflanzenproduktion]

Also ich bin jetzt gegen diese Abstimmung, weil ich glaube, das ist völlig klar, dass wir hier nur beschlossen haben, dass eine Versicherung abzugeben sei, nicht beschlossen haben, dass er deswegen von einer Kandidatur [...] zurückzutreten hat.

[Prof. Dr. Horst Pätzold]

Danke. Wir werden also zwei Kandidaten zur Wahl des Projekts vorzulassen und werden zur Wahl schreiten. [...]

[Die Wahl wurde durchgeführt]

[Bekanntgabe des Wahlergebnisses]

Abgegeben Stimmen sind es 198. Davon sind vier ungültige Stimmen, also sind 194 gültige Stimmen. Davon entfallen auf Herrn Professor Moll 86 Stimmen und auf Herrn Professor Kiesow 108 Stimmen,

womit Herr Professor Kiesow als Prorektor für die Universität Rostock gewählt wurde.

Präsidium und Konzil gratulieren dem neuen Prorektor Herrn Professor Kiesow, und ich könnte mir vorstellen, dass er jetzt einige Worte zu uns sagen wird. [...]

[Prorektor Prof. Kiesow]

Also zunächst mal: ich nehme die Wahl an, auch wenn ich nicht gefragt wurde danach. Ich brauche nicht mehr allzu viele Worte zu machen. Ich danke allen, die sich an der Wahl beteiligt haben. Danke vor allen Dingen an Kollegen Moll, dass er sich so mutig und freimütig gestellt hat. [...]

2952/ 128

177

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

Beschluß des Ministerrates

6 / 6 /90

vom 16. Mai 1990

Betrifft: Beschluß über weitere Aufgaben und Maßnahmen, die sich aus der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) ergeben

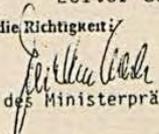
Der beiliegende Beschluß wurde bestätigt.

gez. L. de Maizière

Verteiler:

Ministerpräsident
Mitglieder des Ministerrates
Oberbürgermeister von Berlin
Vorsitzende der Räte der Bezirke
Vorsitzende der Räte der Kreise
Präsident des Obersten Gerichts der DDR
Vorsitzender des Staatlichen Vertragsgerichts
Generalstaatsanwalt der DDR
Leiter des Komitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS

Für die Richtigkeit:


Amt des Ministerpräsidenten

Dieser Beschluß ist nach Realisierung zu vernichten;
die Archivierung erfolgt durch den Herausgeber.

Kopie aus dem Bundesarchiv

Festlegungen
zur Aufhebung der Schweigepflicht

1. Alle ehemaligen bzw. zeitweise noch mit der Auflösung beschäftigten Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit werden von der ihnen auferlegten Schweigepflicht über anvertraute Staats- und Dienstgeheimnisse im folgenden Umfang entbunden:
 - 1.1. Gegenüber den mit der Untersuchung von Sachverhalten beauftragten Staatsanwälten oder Angehörigen der Kriminalpolizei ohne Einschränkung im Rahmen von Ermittlungshandlungen.
Die Geheimhaltung von Staatsgeheimnissen wird durch das Dienstverhältnis der Staatsanwälte und der Angehörigen der Kriminalpolizei gewahrt.
 - 1.2. Im Umfang des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes, soweit es die Verfassung der DDR verletzende Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit und Strukturen und Arbeitsweise betrifft, gegenüber
 - dem Parlamentarischen Prüfungsausschuß der Volkskammer
 - der eingesetzten Regierungskommission im Rahmen ihrer Aufgaben
 - den entsprechenden Untersuchungsausschüssen in den Territorien.
2. Es ist zu gewährleisten, daß bei allen Aussagen keine Verletzung von Persönlichkeitsrechten Dritter erfolgt.
3. Alle ehemaligen bzw. zeitweise mit der Auflösung beschäftigten Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit sind weiterhin zur Geheimhaltung ihnen anvertraut gewesener Staatsgeheimnisse, sofern sie die mit der Verfassung der DDR in Übereinstimmung stehende frühere geheimdienstliche oder nachrichtendienstliche Tätigkeit betreffen, verpflichtet. In Zweifelsfällen ist der für den sachlichen Bereich der Geheimhaltung zuständige Leiter berechtigt zu entscheiden, ob die Notwendigkeit der weiteren Geheimhaltung besteht.

4. Für die Aufhebung der Schweigepflicht von inoffiziellen Mitarbeitern, soweit sie sich offenbaren wollen, gilt
 - 4.1. Werden im Zusammenhang mit Untersuchungshandlungen von Staatsanwälten oder Angehörigen der Kriminalpolizei Aussagen von ehemals inoffiziellen Mitarbeitern gefordert, kann ohne Einschränkung ausgesagt werden. Die Geheimhaltung wird durch das Dienstverhältnis der Staatsanwälte und der Angehörigen der Kriminalpolizei gewahrt.
 - 4.2. Ehemalige inoffizielle Mitarbeiter können sich gegenüber Personen ihrer Wahl über ihre Tätigkeit offenbaren. Sie kommen damit nicht in Konflikt zu früher eingegangenen Verpflichtungen. Kein ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter kann mit Ausnahme in den Fällen gemäß 4.1. gezwungen werden, seine Tätigkeit als inoffizieller Mitarbeiter offenzulegen.
 - 4.3. Es ist zu gewährleisten, daß bei allen Aussagen keine Verletzungen von Persönlichkeitsrechten Dritter erfolgt.
 - 4.4. Staatsgeheimnisse aus dem Bereich der geheimdienstlichen und nachrichtendienstlichen Tätigkeit unterliegen nach wie vor der Schweigepflicht. In Zweifelsfällen ist der für den sachlichen Bereich der Geheimhaltung zuständige Leiter berechtigt zu entscheiden, ob die Notwendigkeit der weiteren Geheimhaltung besteht.
5. Diese Festlegungen berühren nicht das Aussageverweigerungsrecht gemäß der Strafprozeßordnung der DDR.

Kopie aus dem Bundesarchiv